DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat,
Albrechtstr. 2, 58507 Lüdenscheid

Vorsitzender
Michael Dregger

DIE LINKE
Fraktion im Lüdenscheider Rat

Otto Ersching
Fraktionsvorsitzender
Albrechtstr. 2
58507 Lüdenscheid

Telefon 01525 1017418
otto.ersching@rat.lueden-scheid.de

www.dielinke-maerkischer-kreis.de

Lüdenscheid, 05.11.2025
Anfrage: Politische Beteiligung bei massiven ÖPNV-Kürzungen im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Michael Dregger,

mit einer „Schriftlichen Bekanntgabe“ in der Sitzung am 30.09.2026 hat der Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung den Bau- und Verkehrsausschuss darüber informiert, dass eine politische Beteiligung an der Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid zum Entwurf des Nahverkehrsplans (NVP) des Märkischen Kreises aus Zeitgründen „nicht möglich“ sei.

Diese Einschätzung steht im Widerspruch zu den tatsächlichen inhaltlichen Rahmenbedingungen des vorliegenden Entwurfes des Nahverkehrsplanes.

Der NVP-Entwurf für das Stadtgebiet Lüdenscheid sieht einen drastischen Abbau der ÖPNV-Leistungen vor: Durch Taktkürzungen, Ausdünnungen in den Randzeiten und die Streichung von Linien (wie etwa der S1 und S2) verliert Lüdenscheid Fahrplanleistungen im Umfang von mehreren Hunderttausend Kilometern pro Jahr. Diese massiven Streichungspläne konterkarieren diametral die Bemühungen zur Stärkung des ÖPNV, die wir als Fraktion bereits zum letzten NVP in die Gremien eingebracht haben und die zumindest in Teilen Berücksichtigung fanden. Unsere damaligen Forderungen umfassten explizit den Ausbau der Daseinsvorsorge, darunter:

- Nachtbusverkehr an den Wochenenden.
- Anbindung aller Industriegebiete in Abstimmung der An- und Abfahrtszeiten zu Schichtwechselzeiten mit den Betrieben, damit der Verzicht auf die Anfahrt mit dem eigenen Auto möglich ist.
- Bessere Anbindung des Krankenhauses und Pflegeeinrichtungen zu Schichtwechselzeiten, besonders an Wochenenden.
- Taktzeiten, die modernen Arbeitszeiten (flexible Arbeitszeitmodelle) gerecht werden.
- Verkürzung der Taktzeiten und Verlängerung der Hauptverkehrszeiten in den Abendstunden.

Die Linke
Fraktion im
Lüdenscheider Rat

- Bessere Anbindung der außen liegenden Ortsteile (z. B. Wettringhof, Brüninghausen und Dickenberg) an den ÖPNV oder als Alternative die Einführung von Anrufsammeltaxis.
- Anrufsammeltaxi in den Abendstunden auf wenig befahrenen Strecken.
- Einrichtung von „Park and Ride“ Anlagen an der Peripherie der Stadt, wie z. B. an der Hohen Steinert oder am Nattenberg bereits erprobt.
- Fahrradmitnahmemöglichkeiten in allen Bussen.

Ein derart massiver Eingriff in die Mobilität stellt aus unserer Sicht kein Geschäft der laufenden Verwaltung dar, sondern erfordert eine politische Legitimation. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen in der kommenden Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 11.11.2026:

1. Welchen inhaltlichen Standpunkt hat die Verwaltung in ihrer (bereits abgegebenen oder in Erarbeitung befindlichen) Stellungnahme gegenüber dem Märkischen Kreis eingenommen?
2. Welche der oben genannten Forderungen werden in der Stellungnahme berücksichtigt?
3. Wurde den Kürzungen bei den Stadtbuslinien (insbesondere 40, 41, 42, 44, 53) sowie dem Wegfall der Linien S1 und S2 widersprochen und inwiefern wurden dabei die oben genannten, bisherigen politischen Zielsetzungen zur Ausweitung des Angebots als Verhandlungsposition der Stadt Lüdenscheid verteidigt?
4. Zu eng gesetzte Fristen des Kreises erschweren die demokratische Beteiligung der Kommunen und diesem Umstand muss parlamentarisch begegnet werden. Da der Zeitraum bis zur ordentlichen Sitzung des zuständigen Bau- und Verkehrsausschusses zu kurz für die Beschlussfassung der Stellungnahmen ist und in der Zeit bis zum 20.11.2026 (Fristsetzung des Märkischen Kreises zum Beteiligungsverfahren) keine Sitzung des Finanzausschusses, Hauptausschuss oder des Rates stattfindet, sehen wir nur noch eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 GO NRW.

   Wird es, wegen der starken Verschlechterungen des ÖPNV-Angebotes, eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 GO NRW geben?

Otto Ersching	Jennifer Schmidt	Daniela Eichstädt
Fraktionsvorsitzender	stellv. Fraktionsvorsitzende	Ratsfrau